Böhmen“) zu diesem Thema ausfindig zu machen und die Auslieferung nach Prag zu bewirken. Auf diesen und anderen Materialien beruhte die Darstellung von Kazbunda.

Mit der jetzt vom Prager Nationalarchiv vorgelegten zweibändigen Quellenedition über einen relativ kurzen, aber wichtigen Abschnitt von etwa zwei Jahren dieser Ausgleichsverhandlungen wird der Öffentlichkeit zum ersten Mal ein breites Panorama dieser Vorgänge in Quellenform zugänglich gemacht, und zwar – dies verdient Erwähnung – auch für deutschsprachige Leser, die des Tschechischen nicht kundig sind: Fast alle Dokumente sind ohnehin in deutscher Sprache abgefasst, die ausführliche Einleitung ist zweisprachig, und die tschechischsprachigen Kopfregeste finden sich am Ende des Werkes im Verzeichnis der publizierten Quellen auf Deutsch. Lediglich die editorischen Fußnoten zu den Quellen sind nur auf Tschechisch abgedruckt.

Wenn man nach der Lektüre von Kazbunda den Eindruck hatte, seine Darstellung sei außerordentlich detailliert, so wird man jetzt eines Besseren belehrt, und man merkt, wie straff er den Gang der Ereignisse zusammengefasst hat. Die ausführlichen Protokolle, Berichte des Statthalters nach Wien, Korrespondenzen der Beteiligten usw. geben nicht nur ein komplexes Bild der Verhandlungen, sondern hinterlassen einen oft deprimierenden Eindruck: Die sich über Tage und Wochen hinziehenden Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Nationalitäten traten weithin auf der Stelle und blieben an kleinlichen Details hängen – trotz der außerordentlich geduldigen Moderation vor allem durch den Statthalter. Er, wie auch im Hintergrund einige Mitglieder des böhmischen Adels (hier sind die zahlreichen, meist um übernationale Verständigung bemühten Korrespondenzen aufschlussreich), und die Wiener Behörden rangen vergeblich darum, doch noch eine Übereinkunft zustande zu bringen. Nur vorübergehend schien es, als gerieten die Fronten in Bewegung und als zeigten die Akteure, die sich wie Karel Kramář und Rudolf Lodgman später im Parlament der Ersten Tschechoslowakischen Republik durch ihre Intransigenz hervortaten, gewisse Anzeichen von Konzilianz.

Es erweist sich in diesem Zusammenhang als Katastrophe, dass im Unterschied zum Wiener Reichsrat, wo es schon seit 1907 ein allgemeines und gleiches Wahlrecht gegeben hat, im Prager Landtag weiterhin das Zensuswahlrecht bestand. So konnten sich nicht in dem Ausmaß wie in Wien die neuen Massenparteien, die nicht so vorrangig nationalistisch orientiert waren, im Landtag durchsetzen. Wer also tatsächlich bei den von Landtagsabgeordneten geführten Ausgleichsverhandlungen verhandelte (oder die Verhandlungen torpedierte), waren auf beiden Seiten nahezu ausschließlich nationalliberale oder nationalradikale Politiker. Es fehlten indes Sozialdemokraten und Abgeordnete der christlichsozialen oder der Bauernparteien. Ihnen wäre es vielleicht gelungen, die „papierene Wand“, die oft die beiden Verhandlungsparteien nur noch trennte, zu durchbrechen.

Man wird den Herausgebern für das Vorhaben, weitere Bände zu dieser außerordentlich wichtigen und sorgfältig gearbeiteten Edition hinzuzufügen, guten und baldigen Erfolg wünschen. Die seltenen Lesefehler in den Quellentranskripten der vorliegenden beiden Bände könnten sich dann möglicherweise bei Durchsicht durch eine muttersprachlich deutsche Fachkraft auch noch vermeiden lassen.

Marburg/Lahn Hans Lemberg (†)

Tamara Scheer: Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg. (Neue Forschungen zur ostmittel- und osteuropäischen Geschichte, Bd. 2.) Peter Lang Verlag. Frankfurt a.M. 2009. 240 S. ISBN 978-3-631-58721-8. (€ 42,80.)

Damian Szymczak: Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego. [Zwischen Habsburgern und Hohenzollern. Die deutsch-österreich-ungarische Rivalität im Ersten Weltkrieg und der Aufbau des polnischen Staates.] Wydawnictwo Avalon. Kraków 2009. 424 S. ISBN 978-83-60448-71-7. (€ 25,99.)

Einige Jahre vor dem 100. Jahrestag des Kriegsbeginns 1914 werden – wie in zwei Beiträgen dieses Heftes und in drei Beiträgen des vorherigen Heftes (4/2009) der ZfO auch deutlich wird – in aktuellen Forschungen Desiderate vor allem der politisch-administrativen Weltkriegsgeschichte in Ostmitteleuropa aufgegriffen. Geleitet werden diese Forschungen nicht nur von aktuellen Forschungstrends wie der Imperiengeschichte, sondern auch von einem aktuellen Interesse an den Erfahrungen von Besatzungsregimes und Militärverwaltungen. Während der Erste Weltkrieg insbesondere auch für das Deutsche Reich erforscht worden ist, so finden sich gerade für die Einflussgebiete der Habsburgermonarchie, aber auch für deren Kontaktbereiche mit dem Deutschen Reich noch zahlreiche Forschungslücken.

Die Studie der Wiener Militärhistorikerin Tamara S c h e e r stellt eine erste vergleichende Übersicht über die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Russisch-Polens, Serbiens, Montenegros und Nordalbaniens, von Teilen Rumäniens und der Ukraine sowie von Gebieten Venetiens dar. Hierbei nimmt die Vf.in immer wieder auf entsprechende Beispiele aus allen besetzten Ländern Bezug, ohne dass die grundsätzlich eher deskriptiv angelegte Studie insgesamt unter diesem Detail- bzw. Beispielsreichtum leiden würde. Sch. greift damit die oben angedeuteten Desiderate auf, zumal es kaum Studien gibt, die diese Gebiete vergleichen würden.

Die Militärverwaltungen standen zunächst vor der völkerrechtlich gebotenen Aufgabe, die betreffenden Regionen zu verwalten und für die Versorgung der Bevölkerung zu sorgen, also einen „Frieden im Krieg“ und die „Befriedung der Bevölkerung“ (S. 7) herzustellen und hinter den Fronten für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. In einer späteren Phase wurde dagegen auch angestrebt, Nutzen aus diesen Gebieten zu ziehen. Die einzelnen Besatzungen in den sieben Ländern bzw. Landesteilen trafen auf sehr heterogene wirtschaftliche Voraussetzungen in multiethnisch geprägten Gebieten mit unterschiedlichen nationalen und religiösen Zusammensetzungen; zudem waren die Einstellungen gegenüber der Besatzungsmacht sehr differenziert. Diese wiederum verfolgte vor Ort unterschiedliche politische Zielsetzungen und Interessen, die gleichermaßen von denen der Teilstaaten der Monarchie und der Bündnispartner sowie den unterschiedlichen Haltungen von Armeeoberkommando und Außenministerium beeinflusst waren. Die Militärbehörden übernahmen mit teilweise übersteigerten Erwartungen sämtliche Regierungs- und Verwaltungsfunktionen – in der Regel mit Ausnahme der untersten Verwaltungsebene. Im Mittelpunkt der anzuzeigenden Studie steht daher auch „das Gewöhnliche, Alltägliche einer Besatzung“ (S. 8), also weniger die Strategie und Diplomatie, sondern insbesondere der Erfahrungshorizont der jeweiligen Akteure bzw. Akteurinnen, d.h. des militärischen und zivilen Besatzungspersonals und der Bevölkerung. Nach einer Charakterisierung der besetzten Länder bzw. Landesteile und einer Darstellung der Grundlagen der Militärverwaltung diskutiert die Vf.in die Aufgaben und Maßnahmen der Militärverwaltungen, um dann deren Einfluss auf die Wirtschaft, Landwirtschaft und Infrastruktur sowie die Einbindung der Bevölkerung nicht nur in Bezug auf militärische Dienste (mit zwei Exkursen zur polnischen Legion und zum Militärdienst für die Albaner), sondern auch auf den Erziehungsaspekt und die Kulturen zu erörtern. Hierbei arbeitet Sch. trotz der genannten Unterschiede in den Besatzungen Gemeinsamkeiten heraus: Diese sieht sie vor allem in der geografischen und personellen Erfahrung, dem Mangel an konkreten Kriegszielen und Strategien für die Zeit nach dem Krieg, der Einbeziehung starker Reservekräfte (Landsturm), dem paternalistischen Element der „Erziehung“ und dem Grundsatz, dass Aufbau Vorrang vor Ausbeutung habe, wobei diese Planung von der Realität eingeholt worden sei. Eine weitere, sich positiv auswirkende Gemeinsamkeit, die sich auf die Besatzungen auswirkte, war die Multiethnizität gerade auch im Heer, weil die Besatzungstruppen in den jeweiligen Gebieten zumindest zum Teil mit der Sprache und Kultur der jeweiligen Bevölkerung vertraut waren und sich dies auch zunutze machen konnten. Die Vf.in betont auch, dass die unterschiedlichen politischen Gruppierungen innerhalb der besetzten Gebiete, von denen Teile der Eliten eben auch den Besatzern zugeneigt gewesen seien, für die

jeweilige Ausprägung und das jeweilige Verständnis der Besatzungsherrschaft zu berücksichtigen seien, Gleiches gelte für die einsetzenden Staatsbildungsprozesse in einigen dieser Gebiete.

Geradezu komplementär zu dieser facettenreichen Studie ist die kenntnis- und teilweise detailreiche Dissertation des Posener Historikers Damian S z y m c z a k zu lesen, greift sie doch das Verhältnis der Mittelmächte in Bezug auf die gemeinsame Besatzung des ehemaligen Russisch-Polens auf. Sie diskutiert erstmals ausführlich die unterschiedlichen Haltungen und Ziele, ohne jedoch auf das Handeln der polnischen „Auslandsaktion", also der politischen Emigration unter Führung Roman Dmowskis, einzugehen und das militärisch-politische Handeln Józef Piłsudskis in den Mittelpunkt der Entwicklungen zu stellen. Indem der Vf. die sich durchaus unterscheidende und daher größtenteils rivalisierende Besatzungspolitik der Mittelmächte als Ausgangspunkt für die Entwicklung hin zur polnischen Staatlichkeit in den Fokus der Darstellung rückt, löst er sich von den bisher verbreiteten polnischen Interpretationsmustern. Ausgehend von einem letztlich beide Besatzungspolitiken gegenüber Polen vergleichenden Ansatz kommt er somit im Gegensatz zur bisher gängigen These, dass die Mittelmächte kein Programm zur Lösung der Polnischen Frage gehabt hätten, zu dem Schluss, dass sie unterschiedliche Vorstellungen gehabt hätten, aber es nicht möglich schien, diese einträchtig zu verwirklichen. Die Lösung der Polnischen Frage sei bis nach Kriegsende aufgeschoben worden, um einen Konflikt der Bündnispartner während des Krieges zu vermeiden. Unter dieser neuen Perspektive macht der Vf. deutlich, dass die Polenpolitik beider Seiten sich weniger auf Zusammenarbeit als vielmehr auf Rivalität stützte, was auch die von einer Unabhängigkeit ihres Staates träumenden polnischen Politiker wahrgenommen hätten. Die Rivalität der Mittelmächte habe sich daher als sehr günstig erwiesen, weil es den Polen so gelingen konnte, sie zum Aufbau eines dauerhaften Fundaments für die wieder zu erschaffende polnische Staatlichkeit auszunutzen. Grundlage hierfür waren die administrativen, politischen und militärischen Institutionen, die aufgrund der deutsch-österreichisch-ungarischen Besatzungspolitik entstanden waren, auch wenn letztlich der Sieg der Entente und der Wille des polnischen Volkes über die Zukunft Polens entschieden hätten.

Auch wenn beide Studien überwiegend deskriptiv und weniger theoretisierend angelegt sind und sie nur ansatzweise auf die dortige Multiethnizität und -religiosität und die sich daraus ergebenden Probleme für die Besatzungen eingehen, verdeutlichen sie insgesamt, dass durch vergleichende Ansätze neue Erkenntnisse über Besatzungen im Ersten Weltkrieg in Ostmitteleuropa (und auch Südosteuropa) und deren politische Folgen gewonnen werden können. Beide Studien eröffnen folglich neue Perspektiven für ein Verständnis der Besatzungen und deren politische, wirtschaftliche, soziale und nicht zuletzt kulturelle und nationale Folgen in Ostmitteleuropa. Zu hoffen bleibt daher, dass sie weitere – beispielsweise kulturwissenschaftliche – vergleichende Forschungen zum Ersten Weltkrieg und den Besatzungspolitiken, gerade auch in Bezug auf den Alltag und die Konsequenzen für die verschiedenen multiethnischen und -religiösen Bevölkerungen in Ostmitteleuropa, anregen werden.

Marburg/Lahn — Heidi Hein-Kircher

Anna Pelka: Jugendmode und Politik in der DDR und in Polen. Eine vergleichende Analyse 1968-1989. (Edition Ost-Mittel-Europa, Bd. 1.) Fibre Verlag. Osnabrück 2008. 334 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-938400-35-7. (€ 36,–.)

The emergence of youth fashion belongs to one of the most striking features of postwar consumer culture. Along with an ascent of cultural studies in the 1990s, cultural phenomena as taste, social distinction and consumption became leading topics of contemporary historiography. Throughout the last decade, historians of Central and Eastern Europe, Soviet Bloc in particular, started to follow this approach, however, on a relatively small scale. Embedded mostly in the narrative of the Cold War contest, the recent histories